



### Presseschau vom 22.09.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends:

*Lug-info.com*: Die Generalstaatsanwaltschaft der LVR hat in der Republik die Arbeit aller kleinen kohlefördernden Unternehmen, die im Volk „Grübchen“ genannt werden, gestoppt, bis ihre Eigentümer und Nutzer alle notwendigen Zulassungsdokumente erhalten haben. Dies teilte heute während der Revision von zuvor versiegelten „Grübchen“ in der Umgebung von Antrazit und Krasnyj Lutsch der Generalstaatsanwalt Dawid Kaz mit.

„Wie bekannt, ist der Bergbau in der LVR eine vorrangige Branche. Deshalb werden von der Generalstaatsanwaltschaft regelmäßig Kontrollen der Tätigkeit aller kohlefördernden Unternehmen durchgeführt, darunter auch der sogenannten „Grübchen“, sagte er.

„Inzwischen wurde festgestellt, dass alle im kleinen Rahmen kohlefördernden Unternehmen - „Grübchen“ - ihre Tätigkeit auf dem Territorium der LVR ungesetzlich betreiben, ihre Arbeit wurde von den Organen der Staatsanwaltschaft und den Rechtsschutzorganen gestoppt. Derzeit sind von den Organen der Staatsanwaltschaft alle „Grübchen“ versiegelt“, erklärte der Staatsanwalt.

Kaz erläuterte, dass aufgrund aller Fälle von ungesetzlicher Tätigkeit kohlefördernder Unternehmen ermittelt wird, um den Schaden festzustellen, der der Republik durch die Unternehmer zugefügt wurde.

„Es entsteht wirtschaftlicher Schaden in Folge der Nichteinzahlung von Steuern und Abgaben in den Haushalt der Republik, es entsteht ökologischer Schaden, der auch nicht zu Zahlungen in den Haushalt führt, auch den Werktätigen wird Schaden zugefügt, die offiziell nicht registriert sind und deren Leben durch die Tätigkeit gefährdet ist“, berichtete er.

Der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft erklärte, dass insgesamt auf dem Territorium der Republik aktuell die Tätigkeit von etwa 30 solcher Unternehmen festgestellt wurde, was wesentlich weniger ist als in der Vorkriegszeit.

## Vormittags:

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Gegen 22:00 Uhr hat die ukrainische Seite das Feuer auf **Dokutschajewsk** eröffnet. Um 23:00 Uhr wurde vom Gegner auch das Dorf **Shabitschewo** nördlich von Donezk beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner aus den Gebieten der besetzten Peski und Nowotroizkoje unter Verwendung von Mörsern des Kalibers 82mm. Im Verlauf der Beschüsse von den Positionen der ukrainischen Abteilungen wurden 11 Mörsergranaten abgeschossen. Neben Mörsern verwendeten die ukrainischen Streitkräfte auch Panzertechnik, Granatwerfer und Schusswaffen.

Die ukrainischen Truppen haben gestern Abend **Sazjewo** im Norden von Gorlowka mit Mörsern beschossen und 11 Mörsergranaten abgefeuert, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

„Von 18 bis 20 Uhr wurden etwa 11 120mm-Mörsergranaten abgeschossen, dann war alles ruhig. Verletzte und Zerstörungen gibt es nicht“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Dan-news.info: Der humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF hat 370 Tonnen Kindernahrung und Medikamente in die DVR geliefert. Dies teilte der Direktor der staatlichen Einrichtung „Zentrum zur Lagerung und Ausgabe humanitärer Güter des Zivilschutzministeriums der DVR“ Roman Machow mit.

„Heute empfängt die DVR den 56. Konvoi, er hat 370 Tonnen Ladung geliefert, darunter 305 Tonnen Kindernahrung und 65 Tonnen Medikamente“, sagte er.

Nach Angaben des Zivilschutzministeriums wird die Kindernahrung an zwei Kategorien von Bürgern ausgegeben. Familien mit Kindern unter einem Jahr erhalten ein Paket. Jedes Kind erhält Milchpulver, Gemüse-, Obst- und Fleischbrei und Saft. Ein Paket wiegt 5,5 kg. Die zweite Kategorie – Familien mit Kindern von einem bis drei Jahren erhalten ähnliche Pakete, aber mit einem Gewicht über sechs kg.

„Die Medikamente werden an die medizinischen Einrichtungen der Republik verteilt“, sagte Machow.

Lug-info.com: Die Fahrzeuge des (seit August 2014) 56. Konvois des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in den Lagern in Lugansk eingetroffen, das Entladen hat begonnen.

Der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der LVR teilte mit, dass 28 Fahrzeuge des russischen Zivilschutzministeriums mehr als 310 Tonnen verschiedener Güter in die Republik geliefert haben. Darunter sind vor allem Kindernahrung: 7,3 Tonnen Milchpulver, 94,7 Tonnen Fleischbrei, 36 Tonnen Fruchtsaft, 32,5 Tonnen Fruchtbrei, 43,2 Tonnen Gemüsebrei, 40,8 Tonnen Milchbrei.

Außerdem wurden 37,2 Tonnen medizinisches Material geliefert sowie Baumaterial und Schulbedarf.

Ukrinform: Der US-Vizepräsident Joe Biden hat die Ukraine vor der Gefahr der Aufhebung von EU-Sanktionen gegen Russland gewarnt. Dies könnte passieren, wenn sich die wirtschaftlichen und politischen Reformen im Land verlangsamen, sagte Biden laut Reuters. Biden zufolge könnten mindestens fünf Länder der EU sofort fordern, dass sie die Aufhebung der Sanktionen wollen, wenn die EU einen Vorwand hätte.

Der Vizepräsident sagte weiter, die Ukraine habe weitere Reformen im Energiesektor und in der Justiz im Gegenzug für Kreditgarantien in Höhe von einer Milliarde Dollar versprochen. Nach seinen Worten spreche Biden mindestens zwei bis drei Stunden pro Woche mit den ukrainischen Führungspolitikern und rufe sie auf die Reformen fortzusetzen. Er bemühe sich

auch darum, dass Frankreich, Deutschland und Italien an den Sanktionen gegen Russland festhalten.

Biden warnte Poroschenko auch, die Ukraine müsse angesichts der Flüchtlingskrise und des Brexit alles tun, um das Scheitern der Minsker Vereinbarungen zu verhindern. Sonst könnte sie dafür verantwortlich gemacht werden.

Dnr-online.ru: In der Republik sind die Wiederaufbauarbeiten an Objekten der zweiten Etappe fast abgeschlossen. Wie der Pressedienst des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mitteilte, sind die in das Programm aufgenommenen Objekte des Bildungs-, Gesundheits-, Heizungs-, Wasserversorgungs- und Kanalisationsbereichs zu mehr als 90% wieder aufgebaut. Die Bauarbeiter haben jedoch nicht weniger Arbeit. Derzeit haben die mit den Wiederaufbauarbeiten beauftragten Organisationen die Aufgabe, ihre Aufmerksamkeit den restlichen Mängeln zu widmen, die im Verlauf der Ausführung der Arbeiten offensichtlich geworden sind, weshalb eine große Menge zusätzlicher Arbeiten ausgeführt werden muss.

In der letzten Woche, Stand 19. September, wurden die Vertragsorganisationen mit der Durchführung von zusätzlichen Arbeiten an 39 Objekten des sozialkulturellen Bereichs und an 32 Mehrparteienhäusern beauftragt.

In Schachtjorsk wurden die Heizwerke wieder aufgebaut. Wiederaufgebaut wurden auch vier Mehrparteienhäuser in Donezk.

Im Ganzen wurden im Rahmen der Realisierung des Wiederaufbauprogramms von 436 sozialkulturellen Objekten in der Republik 406 bereits wieder aufgebaut. Von 1189 Mehrparteienwohnhäusern, die in der derzeitigen Etappe zum Wiederaufbau vorgesehen sind, wurden 792 wieder aufgebaut.

Zu 100% sind die Arbeiten an Objekten des Gesundheitswesens in Dokutschajewsk, Jenakiewo, Makejewka, Jasinowataja, Debalzewo, in den Bezirken Starobeschewo, Telmanowo und Schachtjorsk abgeschlossen.

Zu 100% sind auch die Arbeiten an Heizungsversorgungsobjekten in Donezk, Dokutschajewsk, Jenakiewo, Schachtjorsk und im Telmanowo-Bezirk abgeschlossen, ebenfalls zu 100% die an Objekten der Wasserversorgung und des Abwassersystems in Donezk.

Wpered.su: <http://wpered.su/2016/09/22/makeevskie-kommunisty-proveli-den-mira-s-uchashhimisya-mestnoj-shkoly/>

Am 21. September hat das Bezirkskomitee der KP der DVR im zentralen Bezirk von Makejewka ein Treffen zum Tag des Friedens mit Schülern der Makejewker allgemeinbildenden Schule Nr. 59 durchgeführt.

Vor den Schülern sprachen der erste Sekretär des innenstädtischen Bezirkskomitees der KP der DVR Wiktor Bojew und das Mitglied des Makejewker Stadtkomitees der KP der DVR Nikolaj Belostennyj, die der Jugend davon erzählten, wie das sowjetische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei durch Schwierigkeiten und Entbehrungen, Hunger und Kälte, Schmerz und Tod von Freunden ging, die Völker Europas und der Welt vom Faschismus befreite und ein Volk von Siegern wurde.

Mehr als 70 Jahre sind seit dem großen Sieg vergangen und wieder ist in unserem Land, das einen schrecklichen Krieg durchlebt hat, der Krieg entflammt. Es leiden Kinder, Frauen, alte Leute. Und wieder sind Kommunisten an der vordersten Front. Und das bedeutet, dass der Feind zerschlagen wird und der Sieg unser sein wird!

Zum Abschluss des Treffens fand eine Niederlegung von Blumen dem Sockel statt, auf dem die legendäre „Sorokopjatka“ (Geschütz aus dem Großen Vaterländischen Krieg, Anm. d. Übers.) steht.



Ukrinform.ua: Das US-Repräsentantenhaus hat einstimmig das Gesetz H.R. 5094 zur Unterstützung der Ukraine verabschiedet. Wie die ukrainische Botschaft in den USA auf ihrer Facebook-Seite mitteilt, sieht das Gesetz eine Beibehaltung der Sanktionen gegen Russland bis zur vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk vor. Das Gesetz verbietet den USA die Anerkennung der Krim-Annexion durch Russland. Die Ukraine kann gemäß dem Gesetz letale Verteidigungswaffen erhalten. Im Gesetz geht es sich auch um ausländische Investitionen in die Ukraine sowie um Maßnahmen gegen russische Propaganda. Das Gesetz muss nun noch der US-Senat bestätigen.

### **Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Moskau-Besuch: Gabriel knüpft Zusammenarbeit an Ukraine-Regelung  
Über wirtschaftliche Zusammenarbeit hat Deutschlands Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) am Donnerstag in Moskau mit dem russischen Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew beraten.

Beide Seiten konstatierten, dass die deutsche Wirtschaft weiter in Russland investieren will. „Wir erleben jetzt schwierige Zeiten. Doch einfache Zeiten hat es ja noch nie gegeben“, äußerte der russische Minister. Er lobte, dass rund 5600 deutsche Unternehmen in Russland tätig seien. Das seien große Produktionsstätten mit vielen Arbeitsplätzen und Gesamtinvestitionen in Höhe von 13 Milliarden Euro. Allein 2015 seien 1,4 Milliarden Euro investiert worden. „Wir sind bereit, alles nur Mögliche zu tun, um die deutsche Wirtschaft, die Zusammenarbeit zu unterstützen“, versicherte Uljukajew.

Gabriel betonte seinerseits die Wichtigkeit der Zusammenarbeit, machte diese jedoch von Fortschritten bei der Regelung der Ukraine-Krise abhängig. Er hoffe auf Erfolg bei der Umsetzung der Minsk-Abkommen. Wenn es in diesem Bereich Fortschritte geben würde, würde man auch in anderen Bereichen vorankommen, äußerte der deutsche Vizekanzler laut der Übersetzung.

Dabei räumte er ein, dass auch die Ukraine verpflichtet sei, die Minsk-Abkommen zu erfüllen. Laut Gabriel sei Deutschland an neuen Strategien interessiert, um die Wirtschaft zu entwickeln.

Am Mittwoch hatte sich Gabriel im Kreml mit Wladimir Putin getroffen. Bei dem Treffen äußerte der russische Präsident: „Wir haben in Deutschland sehr viele Freunde. Trotz aller politischen Schwierigkeiten bleiben unsere Freunde unsere Freunde.“ Auch wenn der gegenseitige Handel 2015 um fast die Hälfte eingebrochen sei, ist Deutschland laut Putin weiterhin Russlands wichtigster Partner.

Dnr-online.ru: Über seine Arbeit im gesetzgebenden Organ der DVR, über das Zusammenwirken von Armee und Gesellschaft, sprach der Abgeordnete des Volkssowjets und Mitglied der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, der Leiter des Stabs eines Spezialregiments des Innenministeriums der DVR Andrej Borisow.

„Die Arbeit im Volkssowjet und der Dienst in der Volksmiliz hängen zusammen. Dies ist nur eine Bestätigung der Tatsache, dass das Volk nicht ohne Armee und die Armee nicht ohne Volk sein kann. Das ist ein Ganzes. Unsere Leute – Soldaten, Milizangehörige – sind aus dem Volk gekommen. Sie waren bis dahin keine Berufsmilitärs, deshalb ist unsere Armee eine Volksarmee. Und ich halte es sowohl als Kommandeur einer Abteilung als auch als Abgeordneter des Volkssowjets für meine Pflicht und Verpflichtung, die Interessen der Soldaten im Zusammenhang mit dem Volk zu berücksichtigen. Damit all dies ein Ganzes ist und nicht getrennt wird“, unterstrich Andrej Borisow.

Außerdem sprach er ausführlich über seine Beteiligung an Widerstand gegen das Kiewer Regime, über die tragischen Ereignisse in Mariupol am 9. Mai 2014, die folgenden Kämpfe der Volksmiliz des Donbass um Dmitrowka, Koshewnja, Schachtjorsk, Starobeschewo, Telmanowo sowie über die Aktivitäten seiner Abteilungen während der Angriffsoperation bei Ulegorsk und Debalzewo im Jahr 2015.

De.sputniknews.com: Kongress erlaubt: USA dürfen tödliche Waffen in die Ukraine liefern. Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat einen Gesetzentwurf „Über die Stabilität und die Demokratie in der Ukraine“, der auch die Lieferung von letalen Waffen an Kiew vorsieht, gebilligt. Dies gab die ukrainische Botschaft in Washington via Facebook bekannt.

„Mein Gesetzentwurf unterstreicht die Unterstützung des Rechtes der Ukraine auf die Selbstverteidigung seitens den USA und sieht den Druck auf Russland vor, bis seinem verbrecherischen Vorgehen in der Ukraine ein Ende gesetzt wird“, teilte der Co-Autor des Gesetzentwurfs und Mitglied des Komitees für Außenangelegenheiten des Repräsentantenhaus, Eliot Engel, am Vortag mit.

In dem Gesetzentwurf gehe es um „die weitere Unterstützung der ukrainischen Regierung in ihrer Tätigkeit, die sich auf die Wiederherstellung der Souveränität und territorialer Integrität des Landes richtet“. Ziel sei es, „die russische Aggression“ auch mithilfe von „Sanktionen, Diplomatie und tödlichen Waffen“ zu stoppen.

Im Dokument werde zudem die Verlängerung und gar die Verschärfung der gegen Russland

verhängten Sanktionen vorgesehen, solange die Halbinsel Krim unter Russlands Kontrolle bleibe und Minsker Vereinbarungen nicht vollständig durch Moskau umgesetzt würden. Der Gesetzentwurf sehe zudem vor, dass das US-Außenministerium seine Strategie des Widerstands gegen die „russische Propaganda“ weiterentwickelt. Der Gesetzentwurf „Über Stabilität und Demokratie in der Ukraine“ ist ein Teil des gesamten Gesetzentwurfes über den föderalen Haushalt, der nun vom US-Senat gebilligt werden soll. Die Krim war im März 2014 — nach gut 22 Jahren im Bestand der unabhängigen Ukraine — wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für die Volksabstimmung war der nationalistisch geprägte Staatsstreich in Kiew gewesen, bei dem der damalige Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet worden war. Die EU und die USA erkennen die Ergebnisse der Volksabstimmung der Krim-Bewohner nicht an. Die Ukraine hält die Krim für ihr eigenes, aber zeitweilig besetztes Territorium.



De.sputniknews.com: Assad: Jede Äußerung der USA zu Syrien-Konflikt ist eine Lüge. Alle Äußerungen der USA zum Konflikt in Syrien sind nicht glaubwürdig und schlicht gelogen, sagte der syrische Präsident Baschar Assad in einem Interview für AP. Der Präsident beantwortete damit die Frage, ob die syrische oder die russische Luftwaffe einen UN-Hilfskonvoi angegriffen habe, wie das im Weißen Haus behauptet wird.

„Was und wann sie auch immer zum Syrien-Konflikt im Allgemeinen sagten, ist nicht wahrheitsgetreu...“, betonte der syrische Präsident.

#### *Über Anschuldigungen gegen Syrien und Russland*

Assad wies die von den USA verbreitete Information zurück, dass Flugzeuge Syriens oder Russlands in der Nacht zum Dienstag den UN- Hilfskonvoi im Raum von Aleppo angegriffen hätten.

Der syrische Präsident merkte an, der Konvoi habe sich unter Kontrolle der Rebellen befunden, die für die Sicherheit der Autokolonne Verantwortung trugen. „Alles, was wir auf einem Video gesehen haben, waren vernichtete Lastwagen und nichts mehr“, so Assad. „Wie es aus der Uno hieß, wurden keine Luftangriffe gegen den Konvoi geflogen. Gerade zu dieser Zeit haben Terroristen syrische Soldaten mit Raketen beschossen“, fügte Assad hinzu.

#### *Assad über US-Luftschläge gegen syrische Truppen in Deir ez-Zor*

Dem syrischen Staatschef zufolge waren die Luftangriffe der US-geführten internationalen Koalition gegen die syrischen Truppen im Raum der Stadt Deir ez-Zor vorsätzlich. „Das war kein zufälliger Vorfall mit einem Flugzeug. Das waren vier Flugzeuge, die etwa eine Stunde lang oder sogar länger die Stellungen der syrischen Soldaten attackierten. Ein Fehler kann nicht eine Stunde dauern“, so Assad.

#### *Assad: Militärische Kooperation von Russland und USA nicht möglich*

Die USA wollen sich bei der Bekämpfung der Extremisten in Syrien nicht Russland anschließen, sagte Assad auf die Frage, ob eine militärische Kooperation zwischen den USA und Russland im Kampf gegen die Extremisten möglich sei. In Wirklichkeit „streben die USA

nicht danach, gegen die ‚Dschabhat an-Nusra‘ und sogar gegen den ‚Islamischen Staat‘ zu kämpfen“, so Assad.

#### *Assad zur Rolle Russlands im Syrien-Konflikt*

„Das Eingreifen Russlands und dessen Unterstützung der syrischen Armee auf legaler Grundlage hat zweifelsohne die Situation verbessert. Wir haben viele wichtige Städte und viele wichtige Stellungen in den von Terroristen besetzten Gebieten befreit“, so Assad.

Der Konflikt zwischen der bewaffneten Opposition und den Regierungstruppen in Syrien dauert seit März 2011 an. Seitdem sind im Land nach UN-Angaben mehr als 220.000 Menschen getötet worden. Die syrischen Behörden sind laut eigenen Angaben mit dem Widerstand von gut bewaffneten Extremisten konfrontiert. Dazu gehören der „Islamische Staat“ sowie die „Dschabhat an-Nusra“, die sich einen neuen Namen, „Dschabhat Fatah al-Scham“, gegeben hat.



**Ukrinform:** Bei Kämpfen im Donbass ist in den letzten 24 Stunden ein ukrainischer Soldat verwundet worden.

Das teilte am Donnerstag der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Oberst Andrij Lysenko, mit. Der Soldat sei bei der Explosion einer Mine verletzt worden. Tote habe es nicht gegeben.

**Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:**

Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt relativ ruhig.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 61-mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden Gorlowka, Sajzewo, Jasinowataja, Shabitschewo, Wasiljewka, Alexandrowka, Dokutschajewsk und der Petrowskij-Bezirk von Donezk.

Der Gegner führte auch Beschüsse des Territoriums der Republik mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen durch.

Ich möchte auf die Beschüsse von Dokutschajewsk, Jasinowataja, Shabitschewo hinweisen.

Auf diese Ortschaften schoss der Gegner elf Mörsergranaten des Kalibers 82mm ab. Auf Sajzewo führten, während die örtlichen Einwohner humanitäre Hilfe vom Internationalen Roten Kreuz entgegen nahmen, wurde von den Kriegsverbrechern Garas, Wlasenko und Gorbatjuk, die Kommandeure der 30. mechanisierten, der 10. Gebirgssturm- bzw der 54. Panzergrenadierbrigade sind, das Feuer eröffnet.

In Folge der provokativen Beschüsse wurde ein Soldat der DVR verletzt.

Sogar zu dem Zeitpunkt, als ein Durchbruch in der Abstimmung der Dokumente über die Trennung der Seiten in Minsk erfolgte, tun die genannten Kommandeure alles, dass dies

nicht geschieht.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine die genannten Abteilungen speziell in diesen Gebieten hält, um im Weiteren alle Schuld auf diese oder auf das Verteidigungsministerium abzuwälzen, das nicht in der Lage ist, die Aktivitäten seiner Untergebenen zu kontrollieren.

Ich will die Vertreter der OSZE-Mission zur Durchführung von Ermittlungen zu den Beschüssen friedlicher Territorien der Republik von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aufrufen.

Unsere Aufklärung entdeckt weitere Fakten der Vorbereitung von Provokationen durch die ukrainischen Truppen. So im Gebiet folgender Ortschaften:

- Starognatowka, 4,5 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft eines Zugs auf Panzerfahrzeugen mit zwei 122mm-Haubitzen D-30 und vier Lastwagen mit Munition festgestellt;
- Talakowka, 7 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von drei Panzern zur Verstärkung der Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade beobachtet;
- in Richtung Mariupol wurde die Verwendung von Komplexen der automatisierten Leitung von Artilleriefeuer „ArtOS“ ausländischer Herkunft durch Abteilungen der 40. Artilleriebrigade festgestellt.

Alle Angaben über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite und die Stationierungsorte verbotener Waffen der ukrainischen Streitkräfte wurden an die Vertreter der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination übergeben.

Die Abteilungen der Volksmiliz der DVR unterstützen die Minsker Vereinbarungen vollständig und befolgen alle Anweisungen des Republikoberhauptes, damit in das vielgeprüfte Land des Donbass der lang erwartete Frieden kommt.

De.sputniknews.com: Ein Aufklärungs- und U-Bootjagd-Flugzeug des Typs P-8A Poseidon hat sich am Donnerstag laut Informationen westlicher Luftraum-Onlinedienste dem russischen Luftraum über dem Schwarzen Meer genähert.

Das Flugzeug mit der Bordnummer 168858 sei gegen 09.11 Uhr MESZ vom italienischen Militärflugplatz Sigonella gestartet und am Nachmittag südwestlich der russischen Schwarzmeerhalbinsel Krim aufgekreuzt. Fast zeitgleich tauchte über dem Schwarzen Meer ein weiteres Aufklärungsflugzeug des US-Militärs auf. Die Maschine des Typs RC-135U mit der Bordnummer 64-14849 und dem Rufzeichen ANTRO91 sei vom Luftstützpunkt Souda Bay auf Kreta gestartet.

Lug-info.com: „Ich habe eine Anweisung gegeben, dass jetzt bei den Minsker Verhandlungen dieses Thema (die Wasserversorgung der LVR – Anmerkung LIZ) aufgeworfen wird. Ich erwarte eine Entscheidung, was als nächstes in dieser Frage geschieht. Mehr noch, ich sage es ehrlich, wir haben Möglichkeiten der Erwidmung. Wir können den Strom in Staniza Luganskaja und den in Nähe liegenden Bezirken sperren. Aber wir tun dies nicht, wir wissen, dass dort unsere Leute leben, das sind unsere Territorien, wenn auch zeitweise besetzt“, sagte das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij auf einer Pressekonferenz.

„Und bis diese beiden Wasserleitungen (eine, die Wasser von der im vom Kiew kontrollierten Gebiet von Lisitschansk gelegenen westlichen Filterstation liefert, die zweite in Petrowskij – Anm. LIZ) blockiert wurden, war bei uns eine, sagen wir mal, normale Situation mit dem Wasser“, fügte er hinzu.

„Und selbst jetzt, obwohl wir derzeit mit dem Wasser in einer Notfallsituation sind, das wissen Sie, es gibt Wasser nur nach Zeitplan, aber es gibt Wasser. Zu welchem Preis, darüber werden wir nicht reden. Wie wir das machen, werden wir auch nicht sagen. Aber wir tun es und es gibt Wasser, wenn auch nur nach einem Zeitplan, aber es ist da“, unterstrich Plotnizkij.

„Die Ukraine sagt, dass wir ihnen für verbrauchtes Wasser 111 Mio. Griwna schulden. Und warum erinnert sich die Ukraine nicht an die Milliarden, hunderte von Milliarden, die sie

unseren Rentnern schuldet, denen sie geraubt wurden? Hunderte Milliarden Einlagen von Menschen, die sie gestohlen haben. Und sind vielleicht die Begriffe Wasser und Essen nicht so sehr politische als eher humanitäre? Das heißt, die Ukraine sagt, „wenn ihr mit uns nicht abrechnet, geben wir euch kein Wasser“ und spekuliert genau damit“, sagte das Oberhaupt der LVR....

Außerdem erinnerte er daran, dass Kiew schon mehrfach die Wasserlieferungen an die Republik eingestellt hat, wenn die LVR neue Bohrlöcher und Wasserversorgungsquellen in Betrieb genommen hat.

„Leider sind wir einige Male auf eine solche Maßnahme gestoßen, wenn wir gesagt haben „hier, wir haben dort ein zusätzliches Bohrloch in Betrieb genommen, diese Menge an Wasser erhält jetzt diese oder jene Stadt“. Genau dann haben sie unsere Zufuhr verringert. Wir haben überhaupt aufgehört zu sagen, was wir tun“, unterstrich Plotnizkij.

„Mit ihnen kann nicht auf dem Weg logischer Erklärungen gearbeitet werden, das ist alles gefühlsmäßig, impulsiv, vorläufig. Wenn die Garantenstaaten sie zwingen, geben sie uns dennoch Wasser. Denn, wenn man ausrechnet, wer wem mehr schuldet, so müssen sie uns noch 20 Jahre Strom, Wasser und ähnliches liefern“, unterstrich das Oberhaupt der LVR.

De.sputniknews.com: Moskau wartet auf schriftliche Nato-Antwort zu Flugsicherheit über Ostsee – Außenamt

Bei seinem jüngsten Treffen mit dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat der russische Außenminister Sergej Lawrow auf die noch ausstehenden Antworten der Allianz zu den beim letzten Russland-Nato-Treffen unterbreiteten Vorschlägen zur Gewährleistung der Sicherheit im Ostseeraum verwiesen.

„Von russischer Seite war gesagt worden, dass wir schriftliche Antworten zu unseren Vorschlägen, die bei der jüngsten Sitzung des Russland-Nato-Rates unterbreitet worden waren, erwarten. Es wurden Fragen erörtert, die mit der allgemeinen Flugsicherheit in der Ostseeregion verbunden sind“, zitiert die Agentur RIA Novosti den russischen Vize-Außenminister Alexej Meschkow.

Auf die Frage hinsichtlich der Flüge mit eingeschalteten Transpondern über der Ostsee sagte Meschkow, dass „dieses Thema im Kontext entsprechender Expertentreffen Russlands und der Nato-Länder berührt wurde“. „Bekanntlich kam diese Initiative von unseren finnischen Kollegen. Die russische Seite hat diesen Vorschlag aktiv unterstützt“, so der Vize-Außenminister.

Wie er ferner sagte, werden gegenwärtig unter anderem auch unter Beteiligung der Nato die Modalitäten eines solchen Expertentreffens erörtert. „Jedenfalls ist die russische Seite bereit, jene Themen zu besprechen, die ein gegenseitiges, nicht aber nur einseitiges Interesse darstellen“, erläuterte Meschkow. Zudem teilte er mit, dass „ebenfalls mehrere regionale Probleme erörtert wurden, darunter die Situation in Syrien“.

Im August hatte das russische Verteidigungsministerium die lettischen Militärs zu Konsultationen hinsichtlich des Ostseeraumes eingeladen. Die Initiative, Konsultationen mit den Verteidigungsministerien Lettlands, Litauens, Estlands, Polens, Schwedens und Finnlands durchzuführen, war in der Juli-Sitzung des Russland-Nato-Rates geäußert worden.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die ukrainische militärische und politische Führung unternimmt weiterhin Schritte zur Schaffung einer humanitären Katastrophe in der LVR“, sagte Marotschko.

„So plant die ukrainische Seite nach unseren Informationen, die Funktion des Kraftwerks in Stschastje zu stoppen, das sich in der Nähe der Kontaktlinie befindet. Vermutlich werden solche Handlungen der Kiewer Regierung dadurch hervorgerufen, dass im Fall der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen die Kiewer Regierung eine Möglichkeit haben will, die LVR mit Stromlieferungen zu erpressen“, prognostizierte Marotschko.

„Nach Meinung von Spezialisten des Zivilschutzministeriums der LVR könnte das Gebiet der

LVR im Fall eines Stopps der Arbeit des Kraftwerks in Stschastje in der Herbst- und Winterzeit zu einer Zone einer humanitären Katastrophe ausgerufen werden“, fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.

„Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt stabil. In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung durch die ukrainischen Streitkräfte festgestellt“, sagte er.

„Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiterhin die Bedingungen für den Abzug von Technik von der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und verwenden das Regime der Feueereinstellung zur Konzentration von militärischem Potential ihrer Abteilungen in der Zone der sogenannten „ATO““, unterstrich der Major.

„So wurde nach unseren Informationen im Gebiet von Dmitrowka die Stationierung von drei T-64-Panzern festgestellt, die in einem Waldstück getarnt sind und im Gebiet von Swetlodarsk wurden Feuerpositionen von 82mm-Mörsern der ukrainischen Streitkräfte entdeckt“, sagte er.

„Außerdem betreibt der Gegner Luftaufklärung unserer Positionen mit Drohnen. So wurde von unseren Abteilungen der Flug einer Drohne im Gebiet von Nowoalexandrowka beobachtet“, berichtete der Major.

„Die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte führen weiterhin technische Arbeiten zur Ausrüstung von Stützpunkten und Unterständen in der Nähe der Kontaktlinie durch. So werden im Gebiet von Staryj Ajdar aktiv technische Arbeiten zur Ausrüstung von Feuerpositionen und Unterständen für die Technik durchgeführt“, fuhr Marotschko fort.

„Nach unseren Informationen ist am 20. September in Trjochisbjonka im Slawjanoserskij-Bezirk auf Toyota-Geländefahrzeugen eine Gruppe ausländischer Söldner, bestehend aus 14 Soldaten arabischen Aussehens, eingetroffen. Sie waren mit automatischen Schusswaffen nach NATO-Art ausgerüstet“, teilte Marotschko mit.

„Sofort nach der Ankunft bewegte sich diese Gruppe zur Kontaktlinie in Richtung Sokolniki. Die Gruppe wurde von drei Mitarbeitern des Patrouillenbataillons der Polizei für besondere Aufgaben „Lugansk-1“ begleitet. Vermutlich ist die Aufgabe dieser Aufklärungs- und Erkundungsgruppe die Durchführung von Provokationen auf dem Territorium von Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie“, erläuterte der Vertreter des Verteidigungsministeriums der Republik.

## **Abends:**

De.sputniknews.com: Moskau besorgt über Nato-Pläne zur Stationierung neuartiger Atombomben in Europa.

Das von den USA und ihren nicht kernwaffenbesitzenden Nato-Verbündeten praktizierte Einüben des Umgangs mit Atomwaffen im Rahmen der so genannten gemeinsamen Atommissionen ist laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow ein grober Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag.

In einer Sitzung des Russischen Gesellschaftsrates für internationale Zusammenarbeit und öffentliche Diplomatie in der Gesellschaftskammer sagte Rjabkow: „Die Nato-Mitglieder stocken weiterhin das Raketenabwehrpotential in Europa im Rahmen des ‚etappenweisen adaptiven Herangehens‘ auf. Wir haben wiederholt Besorgnis über die Aufstellung von Teilen der strategischen Infrastruktur in unmittelbarer Nähe zu unseren Grenzen geäußert, was unsere Interessen im Sicherheitsbereich direkt betrifft“, so Rjabkow.

Der Vize-Außenminister betonte, die US-Pläne zur Stationierung neuartiger nuklearer Fliegerbomben mit geringerer Sprengkraft und höherem Grad an Präzisionsfähigkeit rufen in Russland große Besorgnis hervor, denn das könnte von der Absicht zeugen, solche Waffen gegen militärische Ziele, darunter gegen dicht besiedelte Gebiete im Rahmen konkreter militärischer Szenarien, einzusetzen“.

„Aus dieser Sicht heraus betrachten wir die demonstrative Weigerung Washingtons und Brüssels, ihre Raketenabwehrpläne trotz der erzielten Vereinbarungen über die Regelung der Situation um das iranische Atomprogramm zu korrigieren, als symptomatisch“, sagte

Rjabkow.

Der Vizeaußenminister merkte an, Moskau werde diese Situation aufmerksam verfolgen und weiterhin versuchen, die Europäer über „unabweisbare und unerwünschte Folgen der Umsatzen des US-Projektes“ aufzuklären.



De.sputniknews.com: Moskau erwartet Informationen zu MH17-Abschuss „von allen, die welche besitzen“

Das russische Außenministerium zählt darauf, dass alle, die irgendwelche Informationen zum in der Ostukraine abgestürzten MH17-Flugzeug besitzen, dem Beispiel des russischen Rüstungskonzerns Almas-Antej folgen und diese Daten an die Ermittler übergeben, wie die offizielle Sprecherin der Behörde, Maria Sacharowa, am Donnerstag sagte.

Die Übergabe der Daten zur Katastrophe durch Almas-Antej an die Niederlande bezeichnete die Diplomatin als einen sehr wichtigen Schritt für die Ermittlung, auf den die Angehörigen der Opfer sehr lange gewartet hätten.

„Der Schritt des russischen Konzerns sollte zu einem wichtigen und aktuellen Beispiel für alle anderen Länder werden, für alle, die irgendwelche Informationen besitzen, die helfen können zu begreifen, was sich vor zwei Jahren am Himmel über der Ukraine ereignet hatte“, so Sacharowa.

Der Sprecher der russischen Ermittlungsbehörde SK, Wladimir Markin, bestätigte am Donnerstag, Radardaten von Almaz-Antej bekommen zu haben. „Diese Daten, die die MH17-Katastrophe betreffen, werden demnächst der niederländischen Seite übergeben.“ Zuvor bereits hatte Almaz-Antej den niederländischen MH17-Ermittlern umfassende Resultate seiner Feldexperimente übergeben, die nachweisen, dass die Rakete, die die MH17 vom Himmel holte, unmöglich aus der Ortschaft Sneschnoje abgefeuert sein konnte, wie dies die Ermittler vermutet hatten.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 aus bisher ungeklärter Ursache im damals umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der von Amsterdam nach Kuala Lumpur fliegenden Verkehrsmaschine, darunter 85 Kinder, kamen ums Leben.

In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen werfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben. Weil die meisten Opfer Niederländer waren, übernahmen die Niederlande die Leitung der Ermittlungen. Dem Ermittlerteam gehören auch Vertreter von Australien, der Ukraine, Belgien und Malaysia an. Noch vor Beginn der Ermittlungen hatten viele Kiewer und westliche Politiker die ostukrainischen Volksmilizen für den mutmaßlichen Abschuss verantwortlich gemacht und Russland eine Verwicklung vorgeworfen.

Rund 15 Monate nach der Katastrophe hat der für die Untersuchung zuständige Sicherheitsrat der Niederlande am 13. Oktober 2015 den finalen Ermittlungsbericht veröffentlicht. Darin hieß es unter anderem, dass die Maschine mit einer Buk-Rakete

abgeschossen worden war. Am gleichen Tag präsentierte der Buk-Hersteller Almaz-Antey die Ergebnisse eigener Untersuchungen, bei denen sogar als Experiment ein ausgedientes Passagierflugzeug mit einer Rakete gesprengt worden war. Am 28. September dieses Jahres will die niederländische Ermittlungskommission in einem neuen Bericht den Startort der Rakete nennen.

De.sputniknews.com: Verhinderter Putschversuch in Lugansk? Republikchef erläutert Details.

Der Chef der selbsternannten Volksrepublik Lugansk (LVR), Igor Plotnizki, hat am Donnerstag über einen gescheiterten Putschversuch informiert, berichten örtliche Medien. Laut dem Szenario der Organisatoren, so Plotnizki, sollten „junge Leute auf die Straßen gehen und laut dazu aufrufen“, dass die ukrainischen Streitkräfte „in die Republik zurückkehren und die alte Macht wiederherstellen“.

Die mutmaßlichen Veranstalter des Putschversuches bezeichnete der LVR-Chef als „gescheiterte Politiker, einige ehemalige Offiziere der Volksmiliz und diejenigen, die mit dem Glauben leben, dass man noch etwas zurückholen kann“.

Durch die professionelle Arbeit der Geheimdienste sei es möglich geworden, den Putschversuch zu verhindern, so Plotnizki. Dabei rief er die Bewohner der Republik auf, aufmerksam zu bleiben.

„Solange die Kiewer Junta bleibt, das Kiewer Naziregime, werden diese Versuche anscheinend auch weiter stattfinden“, betonte er.

Zuvor am Donnerstag sagte der Chef der Donezker Volksrepublik, Alexander Sachartschenko, ein Bataillon sei in die benachbarte Lugansker Republik versetzt, um dort einen Putschversuch zu verhindern.



Rusvesna.su: LC Generalstaatsanwaltschaft eröffnete ein Untersuchungsverfahren wegen des Versuch, die Macht in der Republik zu ergreifen.

"Heute, am 21. September 2016, eröffnete die Ermittlungsabteilung der Rechtsaufsicht im militärischen Bereich bei der Generalstaatsanwaltschaft der LVR Untersuchungsverfahren wegen des Tatbestands des Versuchs einer gewaltsamen Machtergreifung und der Ausübung von Gewalt gegen die Staatsmacht in Verletzung der vorläufigen Verfassung der LVR, d.h. eines Verbrechens nach Art. 30 Absatz 3 und Art. 338 des Strafgesetzbuches der LVR"- dies gab heute bei einem Briefing der Leiter der Rechtsaufsicht im militärischen Bereich bei der Generalstaatsanwaltschaft der LVR, Sergej Rachno, bekannt.

„Für Vergehen gemäß diesem Artikel sieht das Strafgesetz eine Gefängnisstrafe von einer Dauer von 12 bis 20 Jahren vor“, - sagte der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft.

"Bisher wurde eine der Personen, die an der Vorbereitung eines Staatsstreich beteiligt waren, festgenommen und eine Untersuchung eröffnet“, sagte Rachno.

„Nähere Einzelheiten und Details des Untersuchungsverfahrens, die nicht die Geheimhaltung

unterliegen, werden später veröffentlicht", versprach er..